



PROGRAMMATISCHE AUSSAGEN

Programmatische Aussagen der Bundesmitgliederversammlung 2024 des Kinderschutzbundes

B17. „Kinder- und Jugendpolitisches Grundsatzprogramm des Kinderschutzbundes“

Antragsteller*in: Bundesvorstand (Der Kinderschutzbund Bundesverband)

Die Mitgliederversammlung beschließt das folgende kinder- und jugendpolitische Grundsatzprogramm des Kinderschutzbundes (inklusive der Kurzfassung), dass das aktuell gültige kinderpolitische Programm aus dem Jahr 2014 ersetzt. Das Programm sollte in kind- und jugendgerechter Sprache umgesetzt, die Kurzfassung zusätzlich in leichter Sprache und sowohl Kurz- als auch Langform graphisch aufgearbeitet und zur Verfügung gestellt werden:

Kinder- und Jugendpolitisches Grundsatzprogramm des Kinderschutzbundes

1. Kinder und Jugendliche stehen im Mittelpunkt
2. Kinder und Jugendliche brauchen eine Gesellschaft, die sie sieht und hört
3. Kinder und Jugendliche brauchen Erwachsene, auf die sie sich verlassen können
4. Kinder und Jugendliche brauchen Gleichaltrige
5. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung
6. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gesundes Aufwachsen
7. Kinder und Jugendliche müssen ohne Angst verschieden sein können
8. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Aufwachsen ohne Armut
9. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Aufwachsen ohne Gewalt
10. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft



Kurzfassung des kinder- und jugendpolitischen Grundsatzprogramms des Kinderschutzbunds

1. Kinder und Jugendliche stehen im Mittelpunkt

Der Kinderschutzbund denkt die Welt vom Kind aus. Kinder, Jugendliche, ihre Interessen, Rechte und Bedürfnisse stellt er in den Mittelpunkt des Handelns. Er erwartet dies auch von allen staatlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Akteuren. Bei unterschiedlichen Interessenslagen und kontroversen Sichtweisen argumentiert der Kinderschutzbund entschieden vom Kind oder Jugendlichen her und stellt die Frage nach den Folgen von Maßnahmen für junge Menschen.

2. Kinder und Jugendliche brauchen eine Gesellschaft, die sie sieht und hört

Der Kinderschutzbund hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Umsetzung der in der UN-Kinderrechtskonvention verankerten Kinderrechte voranzutreiben. Überall müssen die zentralen Dimensionen der UN-KRK, nämlich Schutz, Förderung und Beteiligung zum Maßstab für Entscheidungen und Handlungen werden. Deshalb setzt sich der Kinderschutzbund auch für eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz ein. Der Kinderschutzbund erhebt für die Interessen und Rechte von Kindern die Stimme, fördert vor allem aber auch explizit die Möglichkeit, dass Kinder und Jugendliche selbst zu Wort kommen und sich wirkungsvoll beteiligen können.

3. Kinder und Jugendliche brauchen Erwachsene, auf die sie sich verlassen können

Die meisten Kinder und Jugendlichen wachsen in ihren Familien auf und diese sind ihr primärer Entwicklungs- und Erfahrungsort. Familien sind für den Kinderschutzbund alle Formen des Zusammenlebens von Kindern und Erwachsenen, in denen Erziehungsverantwortung getragen wird und zwischen Kindern und Erwachsenen dauerhafte Beziehungen bestehen oder/und sich entwickeln. Der Kinderschutzbund hat aber auch jene Kinder und Jugendlichen im Blick, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in ihren Familien, sondern in Einrichtungen oder Pflegefamilien leben. Da, wo Familien an ihre Grenzen kommen, brauchen sie Unterstützung für die unter-



schiedlichsten Probleme und Lebenslagen. Der Kinderschutzbund ist davon überzeugt, dass starke Eltern Kinder und Jugendliche und ihr Aufwachsen stark machen.

4. Kinder und Jugendliche brauchen Gleichaltrige

Die Bedeutung des Miteinanders von Gleichaltrigen muss in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und in der Sicht von Eltern und Fachkräften anerkannt werden. Kinder und Jugendliche brauchen Orte und Rahmenbedingungen für freie, selbstgestaltete und unbeobachtete Aktivitäten und sie brauchen Freiräume für sich und andere Gleichaltrige.

5. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung

Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf Bildung in Kindertagesstätten, Schulen, Kinder- und Jugendarbeit, Freizeit etc. Vielfältige Bildungsangebote in hoher Qualität sind Grundvoraussetzung dafür, dass sie ihre Fähigkeiten ausbilden und neue entdecken können. Bildung darf nicht abhängig sein von Herkunft. Daher setzt sich der Kinderschutzbund für eine inklusive und kostenfreie Bildung ein.

6. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gesundes Aufwachsen

Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht auf die bestmögliche Gesundheitsversorgung. Für die Gewährleistung des Zugangs zu gesundheitlicher Versorgung und Gesundheitsdiensten sind sie auf Informationen und Aufklärung im Themenfeld Gesundheit angewiesen. Die Finanzierung der Kinder- und Jugendgesundheitsversorgung darf sich nicht an ökonomischen Erwägungen ausrichten. Der Kinderschutzbund versteht unter Gesundheit mehr als die Abwesenheit von Krankheit und orientiert sich an der WHO: Diese definiert Gesundheit als Zustand des physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens.



7. Kinder und Jugendliche müssen ohne Angst verschieden sein können

Kinder und Jugendliche befinden sich zwar alle im Prozess des Aufwachsens. Sie sind aber einzigartige Persönlichkeiten, die mit ihrer Vielfalt die Gesellschaft bereichern. Sie alle haben ein Recht darauf, in ihrer Vielfalt gesehen, anerkannt und respektiert zu werden. Kinder haben das Bedürfnis nach Gemeinschaft. Sie sollen sich trotz aller Verschiedenheit als Teil einer Gemeinschaft verstehen können.

8. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Aufwachsen ohne Armut

Jedes Kind hat ein Recht auf Aufwachsen in sozialer Sicherheit. Die Bildungs-, Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten dürfen nicht vom Einkommen der biologischen und/oder sozialen Eltern und von deren Möglichkeiten für die Gestaltung einer fördernden häuslichen Lernumgebung allein abhängen. Der Kinderschutzbund setzt sich nachdrücklich für eine umfassende Strategie gegen Kinderarmut ein, die nicht auf isolierten Maßnahmen beruht, sondern ressortübergreifend und auf allen politischen Ebenen verankert ist.

9. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Aufwachsen ohne Gewalt

Kaum etwas bedroht Würde, Integrität, Gegenwart und Zukunft von Kindern und Jugendlichen so sehr wie Gewalt. Gewalt umfasst körperliche Gewalt, psychische Gewalt, sexualisierte Gewalt, das Erleben elterlicher Partnergewalt sowie die Kindesvernachlässigung als passive Form von Gewalt. Der Kinderschutzbund setzt sich für die Sensibilisierung aller gesellschaftlichen Gruppen für ein umfassendes Gewaltverständnis und einen gewaltfreien und respektvollen Umgang mit Kindern ein. Dazu gehört, dass Erwachsene grundsätzlich das zwischen ihnen und Kindern bestehende Machtverhältnis und ihre eigene Haltung kritisch reflektieren. Außerdem ist die Entwicklung von Schutzkonzepten in allen Institutionen und Bereichen, in denen Kinder und Jugendliche betreut, beaufsichtigt, gefördert und unterstützt werden, zentral.



10. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Gute Kinder- und Jugendpolitik in der Gegenwart muss zum einen individuelle Zukunftsaussichten und Chancengerechtigkeit schaffen und die Systeme, die es dafür braucht, sicherstellen. Zum anderen braucht sie aber einen hohen Anteil von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Gemeint ist mit dem Recht auf Zukunft ein Verständnis von Generationengerechtigkeit, das nicht nur einen Ausgleich der Interessen zwischen Altersgruppen im hier und heute bedeutet, sondern die Verantwortung der heutig Handelnden für Generationen von morgen.

Ausführliche Version:

1. Kinder und Jugendliche stehen im Mittelpunkt

Der Kinderschutzbund denkt die Welt vom Kind aus. Kinder, Jugendliche, ihre Interessen, Rechte und Bedürfnisse stellt er in den Mittelpunkt des Handelns. Er erwartet dies auch von allen staatlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Akteuren. Bei unterschiedlichen Interessenslagen und kontroversen Sichtweisen argumentiert der Kinderschutzbund entschieden vom Kind oder Jugendlichen her.

Zentrales Ziel des Kinderschutzbundes ist es, allen Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen. Er versteht und führt seine Arbeit nicht auf der Basis eines engen Schutzbegriffes oder einer bevormundenden Pädagogik durch, sondern verfolgt einen kinderrechtbasierten Ansatz. Es geht darum, Kinder und Jugendliche stark und handlungsfähig zu machen, ihre Autonomie zu fördern und sie auf ihrem Weg zu eigenständigen, selbstbestimmten und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu begleiten. Diese Haltung und darauf bezogenes Handeln sind auch für die Herausforderungen und Chancen im Hinblick auf den digitalen Raum zentral. Für Kinder und Jugendliche verschmelzen oder interagieren digitale Realitäten mit der analogen Lebenswelt.

Der Kinderschutzbund setzt sich für die Belange aller Kinder und Jugendlichen als gesamte generationale Gruppe ein. Aber viele von ihnen benötigen eine besondere und besonders starke



Unterstützung, etwa weil sie von Gewalt bedroht sind, in Armut aufwachsen oder diskriminiert werden. Seine öffentliche Stimme erhebt der Kinderschutzbund für die vulnerablen, besonders schutzbedürftigen, marginalisierten oder aus bestimmten Umständen besonders geforderten und diskriminierten Gruppen von Kindern und Jugendlichen. Der Kinderschutzbund orientiert sich in allen Bereichen an Inklusion.

Der Kinderschutzbund ist im politischen und im helfenden Handeln aktiv. Es gilt für ihn, politisch auf allen Ebenen für die Verbesserung der rechtlichen und praktischen Rahmenbedingungen des Aufwachsens einzutreten und daneben ganz konkret im helfenden Handeln mit Angeboten wirksam zu werden.

Gutes Aufwachsen braucht starke Bündnisse, darum arbeitet der Kinderschutzbund stets vernetzt und abgestimmt mit Partner*innen, Wissenschaft, Fachpraxis und Politik.

2. Kinder und Jugendliche brauchen eine Gesellschaft, die sie sieht und hört

Kinderrechte gelten für alle Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen. Sie schaffen eine wichtige Rahmung guten Aufwachsens. Die Rechte sind durch die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) beschrieben und in Deutschland rechtlich bindend.

In der Praxis und für die Gestaltung einer kinderfreundlicheren Gesellschaft kommen sie aber zu selten zur Anwendung, sie sind nicht ausreichend im Blick, vielfach nicht bekannt. Die gut erforschte Erkenntnis, dass Kinder und Jugendliche in jeder Lebensphase eigenständige Subjekte mit eigenen Rechten sind, wird immer wieder ignoriert. Den Besonderheiten der beiden ersten Lebensphasen – Kindheit und Jugend – werden in unserer Gesellschaft zu wenig berücksichtigt. Der Maßstab, insbesondere für die politischen Entscheidungs- und Handlungsspielräume, sind nach wie vor erwachsene Menschen. Die Interessen der Jüngsten haben bei den meisten Belangen keinen Vorrang oder werden überhaupt erst gar nicht gesehen.

Der Kinderschutzbund hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, die Umsetzung der Kinderrechte voranzutreiben. Der Kinderschutzbund fordert der Verpflichtung Deutschlands aus der Kinderrechtskonvention, diese bekannt zu machen, dringend nachzukommen und trägt selbst zu ihrer Verbreitung bei. Überall müssen die zentralen Dimensionen der UN-KRK, nämlich Schutz, Förderung und Beteiligung zum Maßstab für Entscheidungen und Handlungen werden. Auf diesem Wege will er zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft beitragen. Der Kinderschutzbund setzt



sich auch für eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz ein, weil vieles dafürspricht, dass Kinder und Jugendliche dadurch gestärkt werden. Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sind folglich in allen Bereichen die Richtschnur für praktisches Handeln. Das heißt, dass Kinder und Jugendliche bei Angelegenheiten, die sie betreffen, beteiligt und ihre Sichtweisen einbezogen und sie als Expert*innen in eigener Sache anerkannt werden. Diesen Anspruch formuliert der Kinderschutzbund auch gegenüber allen anderen Organisationen und Lebensbereichen von Kindern und Jugendlichen.

Vor allem müssen die spezifischen Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen gesehen und gehört werden. Der Kinderschutzbund erhebt für die Interessen und Rechte von Kindern die Stimme, fördert vor allem aber auch explizit die Möglichkeit, dass Kinder und Jugendliche selbst zu Wort kommen und sich wirkungsvoll beteiligen können. Dies erfordert Transparenz hinsichtlich der Fragen, an welchen Belangen Kinder und Jugendliche konkret beteiligt werden und welche Formen der Beteiligung jeweils – je nach Zielgruppe und Thema - geeignet erscheinen.

Der Kinderschutzbund tritt dafür ein, dass das Wissen über die Anforderungen der Lebensphasen grundsätzlich in Entscheidungen und deren Umsetzung einbezogen wird und Kinder und Jugendliche als Subjekte im Hier und Jetzt wahrgenommen und gehört werden. Daher fördert der Kinderschutzbund in seinem jeweiligen Wirkungsbereich die grundsätzliche gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen. Darüber hinaus sucht er auch den Austausch mit bestehenden Zusammenschlüssen junger Menschen bzw. die Integration von Interessierten in die eigene Struktur.

Der Kinderschutzbund verpflichtet sich, Kinder und Jugendliche bei der Konzeptionierung und Gestaltung seiner Angebote zu beteiligen und ihnen dafür die entsprechenden Ressourcen zu Verfügung zu stellen.

3. Kinder und Jugendliche brauchen Erwachsene, auf die sie sich verlassen können

Zum Kindsein gehört es, Erwachsenen Vertrauen schenken zu müssen. In diesem Sinne ist Vertrauen eine „Gabe“, durch die die Beziehung zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen geprägt ist und über die sich Erziehung und Bildung vermitteln.



Die meisten Kinder und Jugendlichen wachsen in ihren Familien auf und diese sind ihr primärer Entwicklungs-, Bildungs- und Erfahrungsort. Familie, das sind für den Kinderschutzbund alle Formen des Zusammenlebens von Kindern und Erwachsenen, in der Erziehungsverantwortung getragen wird und zwischen Kindern und Erwachsenen dauerhafte Beziehungen bestehen oder/und sich entwickeln. Das Familienleben ist von Diversität geprägt und spiegelt die unterschiedlichsten familiären Lebensformen wider.

Familien sind keine statischen Gebilde, sie unterliegen einem ständigen Wandel u.a. durch Trennungssituationen, Veränderung der Rollen- und Erziehungsbilder, Dynamisierung der Berufswelt der Eltern oder durch gesellschaftliche Belastungen und Entwicklungen. Hinzu kommen Erwartungen der Gesellschaft, was Familie zu leisten hat und Anforderungen an Eltern durch Kita und Schule. Natürlich haben auch Erwachsene mit Erziehungsverantwortung eigene Erwartungs- und Erziehungshaltungen.

Für den Kinderschutzbund bedeuten Trennung und Scheidung kein Scheitern der Elternschaft, sondern eine Veränderung der partnerschaftlichen Situation. Doch wichtig ist, dass Umgangsformen sich grundsätzlich am Kindeswohl und -interesse orientieren. Das setzt voraus, dass verschiedene Optionen möglich sein müssen, eine einseitige Favorisierung eines Umgangsmodells hält der Kinderschutzbund nicht für zielführend. Die Anpassungs- und Bewältigungsprozesse im Rahmen von Veränderungen der familiären Konstellationen sind mit vielfältigen Herausforderungen für die beteiligten Familienmitglieder verbunden, da sie flexibel mit den neuen Situationen zurechtkommen müssen. In aller Regel verfügen sie über zahlreiche Ressourcen zur Alltagsbewältigung und Erziehung auch in veränderten Lebenslagen. Familien sind nicht per se hilfebedürftig, können aber von Familienbildung und Elternkursen profitieren, die auch der Kinderschutzbund mit seinen Kursen Starke-Eltern-Starke-Kinder anbietet.

Überall da, wo Familien an ihre Grenzen kommen, sind Unterstützungssysteme für die unterschiedlichsten Probleme und Lebenslagen vonnöten, denn für den Kinderschutzbund ermöglichen starke Eltern auch das Aufwachsen starker Kinder. Der Kinderschutzbund setzt sich auch ganz praktisch dafür ein, dass es lokale Netzwerke gibt und präventiv Information und Aufklärung über Themen wie Erziehung, Kindergesundheit, Hilfe- und Unterstützungsstrukturen sowie weitere, niedrighwellige Angebote für Familien bzw. Familienmitglieder zur Verfügung stehen. Ein Beispiel dafür sind die Frühen Hilfen. Für den Kinderschutzbund ist es wichtig, dass die Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten wertgeschätzt wird und nicht zur Stigmatisie-



rung und Abwertung von Familien führt. Vielmehr geht es um die Entwicklung einer allgemeinen Haltung, dass jede Familie in eine Krise geraten kann und, dass es Informationen und präventive Angebote braucht, um Krisen und Zuspitzungen zu vermeiden. In diesem Verständnis argumentiert der Kinderschutzbund für eine deutlich bessere Ausgestaltung der Systeme vor Ort.

Darüber hinaus gibt es Kinder und Jugendliche, die aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht in ihren Ursprungsfamilien leben können, sondern in Pflegefamilien oder stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe aufwachsen. Ihr Aufwachsen und ihre Unterstützung sind dem Kinderschutzbund ein wichtiges Anliegen. Insbesondere geht es um die Qualifizierung der Fachkräfte für den Umgang mit Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen sowie Pflegefamilien.

Es bestehen große regionale Unterschiede bei der Quantität der Angebote und Qualität der Ausstattung. Kinder und Jugendliche in Deutschland wachsen demnach je nach urbanen und ländlichen Lebenswelten, Kommunen und Regionen in höchst unterschiedlichen Verhältnissen auf und Familien allein können regionale Mängel nicht kompensieren. Der Kinderschutzbund macht sich stark für das Ziel, ungleiche Bedingungen abzubauen und gleichwertigere Lebensverhältnisse zu schaffen.

Elternschaft und Familie werden insbesondere durch diverse Medien stark idealisiert. Für den Kinderschutzbund ist das Familienbild nicht nur von Harmonie gekennzeichnet. Vielmehr ist die Familie, aber auch die Erziehungsverhältnisse außerhalb der Familie, ein (geschützter) Ort für Konflikte, so dass Kinder modellhaft und selbstverständlich lernen, dass Zusammenleben auch Herausforderungen mit sich bringt und Kompromisse nötig macht. Die dabei erlebten Konfliktlösungsstrategien sind wichtig für andere soziale Kontakte und Selbstwirksamkeitserfahrungen in allen Lebensräumen der Heranwachsenden.

Konfliktlagen dürfen nach Auffassung des Kinderschutzbundes nicht dazu führen, die Interessen, Bedarfe und Rechte von Kindern und Jugendlichen hintanzustellen. Gerade in Krisen, bei der Suche nach Lösungswegen geht es um eine starke Orientierung an den jungen Menschen: Kinder und Jugendliche müssen in allen sie betreffenden Belangen involviert sein, sie sollen gehört und an wichtigen Entscheidungen beteiligt sein. Das gilt insbesondere auch in gerichtlichen Verfahren.



Im Umgang mit Kindern und Jugendlichen sind alle Erwachsenen, besonders aber Menschen mit Erziehungsverantwortung und pädagogische Fachkräfte aufgerufen, die eigene Haltung gegenüber Kindern immer wieder kritisch zu überdenken, um machtmisbrauchenden Verhalten vorzubeugen.

Zentral ist für den Kinderschutzbund in allen Erziehungsverhältnissen eine gewaltfreie Erziehung. Daher setzt er sich für sichere Orte für Kinder und Jugendliche ein, sei es in der Familie, in Einrichtungen und Diensten oder Vereinen und Initiativen, die eine Aufmerksamkeits- und Schutzkultur gewährleisten und Vertrauen ermöglichen. Sollte es dennoch zu Vertrauensbrüchen bis hin zu Machtmissbrauch durch Erwachsene kommen, sind Unterstützung und Hilfen so zu gestalten, dass sie Kindern und Jugendlichen ausreichend zur Verfügung stehen und von ihnen selbstverständlich und mühelos in Anspruch genommen werden können. Auch wenn der Privatheit der Familie in unserer Gesellschaft ein hoher Stellenwert eingeräumt wird und sie gesetzlich verankert ist, müssen sich Staat und Gesellschaft da einmischen, wo der Schutz der Kinder und Jugendlichen, wo ihre persönliche Privatsphäre gefährdet bzw. nicht gewährleistet ist.

4. Kinder und Jugendliche brauchen Gleichaltrige

Das Zusammensein von Kindern und Jugendlichen mit Gleichaltrigen ist für das gute und gelingende Aufwachsen von großer Bedeutung und schafft Kontexte, Orte und Entwicklungsräume. Etwas Vergleichbares gibt es in den Beziehungen zu Eltern und Erwachsenen nicht, weil eine Augenhöhe nötig ist, die sich nur aus einer ähnlichen Lebensphase ergibt. Miteinander Zeit zu verbringen, zu spielen, abzuhängen, all das ist Voraussetzung für das positive Erleben von Freundschaft. Zum Peergrouperleben gehören aber auch Erfahrungen mit Konflikten, mit Zurückweisung, mit Vertrauensbrüchen.

Die Bedeutung des Miteinanders von Gleichaltrigen muss in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und in der Sicht von Eltern und Fachkräften anerkannt werden. Kinder und Jugendliche brauchen Orte und Rahmenbedingungen für freie, selbstgestaltete und unbeobachtete Aktivitäten und sie brauchen Freiräume, die keinem von Erwachsenen überformten Zweck dienen, sondern die sie sich mit Gleichaltrigen aneignen können. Dazu gehören auch digitale Räume, in denen Kinder und Jugendliche in einem geschützten, kindersicheren und altersgerechten Rah-



men unter sich sein können. Denn Digitalität bietet die Chance grenzenloser, nicht räumlich gebundener Kommunikation und Teilhabe. Dadurch ergeben sich neue Möglichkeiten der persönlichen Weiterentwicklung und Zugehörigkeit zu Gemeinschaften, die Kindern und Jugendlichen Wege zur Selbstverwirklichung aufzeigen. Zugleich ist das Miteinander v.a. im Digitalen Raum häufig mit besonderen Risiken verbunden. Um diesen zu begegnen, braucht es Information und Unterstützung.

Sie brauchen neben diesen Räumen auch Zeit, um ihr Recht aus der Kinderrechtskonvention auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung konkret ausleben zu können. Hier sieht der Kinderschutzbund Handlungsbedarf: Es ist im Leben von Kindern und Jugendlichen eine immer stärkere Beschleunigung von Prozessen und Entwicklungen und eine damit einhergehende starke Verdichtung des Alltags zu beobachten. Kindern und Jugendlichen sollte gestattet werden, stärker nach ihrem eigenen Rhythmus zu leben und über die Ressource Zeit freier zu verfügen. Denn sie brauchen Zeit, um nach ihren Wünschen aktiv zu werden, sich zu langweilen, kreativ zu werden und die eigene Lebenswelt selbstbestimmt zu entdecken.

Für Kinder und Jugendliche ist neben Freizeit- und kulturellen Angeboten v.a. Selbstorganisation und Vergemeinschaftung wichtig. Das Aufwachsen in Gruppen, in verfassten oder losen Gemeinschaften und im besten Falle selbstverantworteten Gleichaltrigengruppen, trägt einen wesentlichen Teil zur Entwicklung einer eigenständigen, selbstbestimmten und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit bei.

Der Kinderschutzbund setzt sich daher für kinder- und jugendgemäße Orte im öffentlichen Raum, wie z.B. Spielplätze, Skateparks, Tischtennisplatten und Sportgeräte im Park ein, genauso wie für vielfältige Strukturen und Angebote wie sie u.a. offene Kinder- und Jugendtreffs, Kinder- und Jugendverbände und Vereinsangebote darstellen. Dies gilt sowohl für den urbanen Raum als auch für die ländlichen Räume. Er macht selbst viele von diesen vielfältigen Angeboten vor Ort und kooperiert mit anderen Trägern.

Gleichzeitig betont der Kinderschutzbund, dass das Miteinander von Kindern und Jugendlichen nicht exklusiv in dafür zugewiesenen oder zugedachten Orten stattfinden darf. Es braucht Platz mitten im Leben und soll sich in einer kinder- und jugendfreundlichen Gesellschaft nicht nur am Rande oder außer Sichtweite abspielen dürfen. Dazu müssen Interessen von anderen ggf. auch zurückstehen, die Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen ggf. als störend und aus ihrer Perspektive für nicht notwendig halten.



5. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung

Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf Bildung. Vielfältige Bildungsangebote und –möglichkeiten sowie eine hohe Qualität sind Grundvoraussetzung dafür, dass sie ihre Fähigkeiten ausbilden und neue entdecken können.

Von Anfang an tragen Kinder ein enormes Bildungspotenzial in sich, das darauf wartet, entdeckt und gefördert zu werden. Jedes Kind ist hierbei einzigartig und bringt individuelle Fähigkeiten, Talente und Neigungen mit. Die Aufgabe der Bildungseinrichtungen und der Gesellschaft insgesamt besteht darin, dieses vielfältige Potenzial zu erkennen und zu unterstützen. Es geht darum, die Neugier und den Entdeckungsdrang der Kinder zu fördern, ihre Stärken auszubauen und mögliche Schwächen auszugleichen. Indem wir das individuelle Bildungspotenzial jedes Kindes anerkennen und fördern, tragen wir zu einer gerechteren Gesellschaft bei. Kindern muss dabei aber ihr eigenes Tempo und ihr eigener Fokus gewährt werden. Bildung eröffnet jungen Menschen Zukunftsperspektiven und ist der gesellschaftliche Schlüssel zu engagierten und kompetenten Persönlichkeiten.

Doch das Bildungssystem produziert sehr viel Ungleichheit. Allzu oft bleibt Chancengerechtigkeit in der Bildung ein leeres Versprechen, das zu stark von Herkunft bestimmt wird.

Der Kinderschutzbund kritisiert immer wieder, dass ein reiches Land wie Deutschland beim Thema Bildungsgerechtigkeit im europäischen Rahmen derart schlecht abschneidet. Um dieses Ungleichgewicht zu überwinden, sind eine Förderung und Bildung von Anfang an und nachhaltig in die Jugend- und junge Erwachsenenphase hinein unerlässlich. Jedes Kind verdient die bestmögliche Ausstattung und Unterstützung, um sein individuelles Potenzial voll entfalten zu können. Bildung erstreckt sich über die Grenzen der Schule hinaus und benötigt eine umfassende Infrastruktur, die sicherstellt, dass alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen Zugang zu qualitativ hochwertiger und kostenfreier Bildung erhalten.

Der Kinderschutzbund setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass jedes Kind die Möglichkeit hat, sein Recht auf Bildung in vollem Umfang wahrzunehmen. Dies bedeutet die Förderung gerechter Chancen und die Ermöglichung einer umfassenden, qualitativen Bildung in- und außerhalb des Schulsystems.



Kitas, Schulen und Ganztagsangebote sind neben ihrer Funktion als Bildungsort ein immer bedeutsamerer Lebensort, der einen maßgeblichen Einfluss auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen hat. Der Kinderschutzbund erkennt neben den Chancen auch Risiken der institutionalisierten Kindheit, in der das Aufwachsen durch eine oder wenige Institutionen stark durchstrukturiert ist. Deshalb ist immer auch für gestaltbare Freiräume auch im Ganztags zu sorgen. Es ist daher von grundlegender Bedeutung, dass Kinder und Jugendliche an Entscheidungen, die ihren Alltag betreffen, beteiligt sind. Erziehungs- und Betreuungsumfelder müssen den Entwicklungsaufgaben der jeweiligen Altersgruppe entsprechen; je älter Kinder und Jugendliche sind, desto mehr benötigen sie Räume, die sie als frei begreifen und selbstbestimmt nutzen können. Das Recht auf Förderung der Entwicklung und Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit sollte nicht nur als Leitgedanke für die Kinder- und Jugendhilfe gelten, sondern auch für alle öffentlichen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen. Bildung in diesem Sinne ist nicht nur die formale Bildung, die zu regulären Abschlüssen führt, sondern umfasst auch alle Formen der nonformalen und informellen Bildung, wie sie in privaten Bezügen oder Freizeit stattfindet.

Ein wesentlicher Anspruch an Bildung (formal, non-formal und informell) zielt auf die Befähigung von Kindern und Jugendlichen mit digitalen Medien umzugehen. Eine Voraussetzung dafür ist aber die Befähigung und Sensibilisierung von Erwachsenen. Alle müssen lernen, dass Teilhabe am digitalen Raum für alle Kinder und Jugendlichen zentral ist und wie mit den erheblichen Risiken des Internets und zunehmend mit den Möglichkeiten Künstlicher Intelligenz umgegangen werden kann.

Ganztägige und qualitativ hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung spielen eine entscheidende Rolle bei der Sicherstellung sozialer, kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe für alle Kinder und tragen zum Abbau von Bildungsbenachteiligung bei. Ebenso ist dies beim Einsatz digitaler Medien, welcher vielfältige Potenziale für die Chancen- und Bildungsgerechtigkeit birgt, relevant. Dazu gehört vor allem der Abbau von Barrieren, mit denen benachteiligte Kinder konfrontiert sind. Allerdings besteht auch das Risiko, dass sich bestehende Ungleichheiten weiter verschärfen. Digitale Medien sind daher so einzusetzen, dass Bildungsbenachteiligung entgegengewirkt wird.



6. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gesundes Aufwachsen

Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht auf die bestmögliche Gesundheitsversorgung. Dies gilt es konsequent umzusetzen. Sie selbst thematisieren die Bedeutung von Gesundheit für ihr eigenes Leben, aber auch für ihre Angehörigen. Für die Gewährleistung des Zugangs zu gesundheitlicher Versorgung und Gesundheitsdiensten sind sie auf Informationen und Aufklärung im Themenfeld Gesundheit angewiesen. Der Kinderschutzbund versteht unter Gesundheit mehr als die Abwesenheit von Krankheit und orientiert sich an der WHO: Diese definiert Gesundheit als Zustand physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens.

Ein gesundes Aufwachsen bildet demnach die Basis für die körperliche, emotionale und soziale Entwicklung eines Kindes. Neben ausgewogener Ernährung, dem Schutz vor Gefahren und der Vermeidung von gesundheitsschädigenden Einflüssen gehört dazu der Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung. Dies beinhaltet u.a. präventive Maßnahmen, regelmäßige Gesundheitschecks und adäquate Behandlung im Krankheitsfall. Auch das gesunde Aufwachsen mit (digitalen) Medien zählt dazu.

Auch in einem reichen Land wie Deutschland, das im Vergleich zu vielen anderen Ländern über eine gute Gesundheitsversorgung verfügt, muss das Recht von Kindern und Jugendlichen thematisiert und dessen Umsetzung eingefordert werden. Die Finanzierung der Kinder- und Jugendgesundheitsversorgung darf sich nicht an ökonomischen Erwägungen ausrichten.

Die Strukturen der Kinder – und Jugendgesundheitsversorgung müssen stattdessen ausgehend von den spezifischen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gestaltet sein. Dazu gehört eine flächendeckende Versorgung und ausreichende Angebote. Es ist entscheidend, dass Kinderärzt*innen, Kinderkliniken, Kinder- und Jugendtherapeut*innen und -psycholog*innen sowie Kinder- und Jugendpsychiatrien die Versorgung überall und in ausreichender Anzahl und Qualität sicherstellen.

Insbesondere Kinder und Jugendliche mit spezifischen Bedarfen aufgrund einer chronischen Erkrankung oder einer Behinderung müssen möglichst wohnortnah und kindorientiert versorgt werden können. Eine mangelnde Versorgung von Kindern und Jugendlichen in einer physischen oder psychischen Notsituation aufgrund fehlender Angebote, nicht nur in ländlichen Räumen, ist nicht akzeptabel, genauso wenig wie ein Ausschluss von Kindern von nötiger Versorgung aufgrund ihrer ökonomischen Lage oder ihres Rechtsstatus.



Die Kinder- und Jugendgesundheit muss ganzheitlich gedacht werden. Kinder- und Jugendgerechte Prävention, Diagnostik und Therapie gehen Hand in Hand. Vor allem der Prävention muss hier ausreichend Raum und Ressource gegeben werden. In diesem Bereich bedarf es mehr aufsuchender Angebote in den Lebensräumen der Kinder. Kindergesundheit ist nicht nur aus der medizinischen Blickrichtung zu denken, eine Vernetzung mit der Kinder- und Jugendhilfe und anderen Angeboten ist unerlässlich. Der Kinderschutzbund ist hier selbst mit Angeboten aktiv und engagiert sich v.a. in den Bereichen der Gesundheitsförderung, Prävention und frühen Hilfen. Hierbei bedarf es auch großer Anstrengungen, die mentale und psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu fördern und zu gewährleisten.

Für eine gute Gesundheitsförderung spielt ausreichende, ausgewogene und gesunde Ernährung eine wichtige Rolle. Hierzu braucht es hinreichende monetäre Mittel bei den Familien und mehr Aufklärung zu guter Ernährung für alle Familienmitglieder. Der Kinderschutzbund setzt hier mit eigenen Angeboten Akzente und fordert, dem Thema Ernährung ausreichend Aufmerksamkeit zu schenken.

Es ist zudem wichtig, Digitalisierung und Gesundheit zusammen zu denken. Einerseits birgt die Nutzung digitaler Medien Gesundheitsrisiken wie Stress und Sucht, bietet andererseits aber auch Möglichkeiten der Gesundheitsförderung. Der Kinderschutzbund setzt sich für eine Reduzierung digitaler Stressoren sowie die Förderung von digitalem Wohlergehen ein. Zentrale Bausteine dafür sind die Ausgewogenheit von Bildschirmzeit, Ruhephasen, körperliche Bewegung und (analoge) Interaktion mit Peers und der Familie.

Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist in zunehmendem Maße von Umweltfaktoren bedroht, die eine direkte Auswirkung auf ihre physische und psychische Entwicklung haben. Umweltverschmutzung, Schadstoffe und die sich verstärkende Klimakatastrophe stellen ernsthafte Gefahren dar, beeinträchtigen die Lebensqualität junger Menschen und setzen die Zukunft der nächsten Generationen aufs Spiel. Vulnerable Gruppen und von Mehrfachdiskriminierung betroffene Kinder und Jugendliche sind dabei am stärksten betroffen. So führt die steigende Umweltverschmutzung zu einer erhöhten Belastung durch schädliche Stoffe in der Luft, im Wasser und im Boden. Diese können nicht nur unmittelbare gesundheitliche Auswirkungen, sondern auch langfristige Folgen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen haben. Die Bedrohung durch die Klimakatastrophe manifestiert sich in extremen Wetterereignissen, stei-



genden Temperaturen und einem veränderten Ökosystem, was wiederum die Gesundheit und das Wohlbefinden der jungen Generation beeinflusst.

Der Kinderschutzbund sieht diese Gefahren und leitet daraus einen klaren politischen Auftrag ab. Es geht in der Arbeit darum, klar und entschlossen für Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakatastrophe und für eine gesunde und lebenswerte Umwelt einzutreten. Die Förderung von umweltfreundlichen Praktiken, erneuerbaren Energien und nachhaltigen Lebensstilen ist dabei ebenso wichtig wie die Sensibilisierung für die Auswirkungen von Umweltgefahren auf die Kinder und Jugendlichen von heute sowie auf zukünftige Generationen.

Durch präventive Maßnahmen, Aufklärung und politische Lobbyarbeit setzt sich der Kinderschutzbund dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in einer Umwelt aufwachsen können, die ihre Gesundheit fördert und ihre Zukunftsaussichten sichert.

7. Kinder und Jugendliche müssen ohne Angst verschieden sein können

Kinder und Jugendliche sind sehr unterschiedlich; sie haben verschiedene Geschichten und Erfahrungen, Persönlichkeiten, Präferenzen und vieles mehr.

Sie wachsen heute in den verschiedensten Konstellationen auf. Sie stammen aus Regenbogenfamilien, heteronormativen Familien, Ein-Eltern-Familien, Patch-Work-Familien, Pflegefamilien, Adoptivfamilien oder wachsen in der stationären Jugendhilfe auf.

Kinder und Jugendliche befinden sich zwar alle in derselben Lebensphase, sie sind aber einzigartige Persönlichkeiten, die mit ihrer Vielfalt die Gesellschaft bereichern. Sie alle haben ein Recht darauf, in ihrer Vielfalt gesehen, anerkannt und respektiert zu werden. Kinder haben das Bedürfnis nicht isoliert zu sein und müssen in diesem Sinne sich trotz aller Verschiedenheit als Teil einer Gemeinschaft verstehen können.

Gesellschaftlich gab es in den letzten Jahren einige Veränderungen hin zu mehr Offenheit und Verständnis für Vielfalt - jedoch bleibt es in vielen Bereichen bei grundsätzlich diskriminierenden Rahmenbedingungen, zu geringer gesellschaftlicher Akzeptanz und auch Gewalt gegen nicht der Norm entsprechende Einzelpersonen oder Gruppen.

Der Kinderschutzbund fordert daher für alle Kinder und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen in Vielfalt, ungeachtet der Tatsache, ob sie der vorherrschenden gesellschaftlichen Norm entsprechen oder ob sie einer privilegierten gesellschaftlichen Gruppe angehören. Sie haben alle in



ihrer Vielfalt ein Recht auf Respekt und Schutz vor Diskriminierung ihrer selbst und ihrer Familien sowie vor Gewalt gegen sie oder ihre Familien.

Für Kinder mit Beeinträchtigung, sei es seelischer oder körperlicher Art sind darüber hinaus alle notwendigen Unterstützungsmaßnahmen zu leisten, die sie brauchen, um ihr volles Potential zu realisieren und an der Gesellschaft teilzuhaben.

Ein gutes Aufwachsen in Vielfalt muss gewährleistet sein für Kinder und Jugendliche aller ethnischen Gruppen und unabhängig sein von ihrer Nationalität, Religion, Migrationsgeschichte oder Hautfarbe. Als besonders vulnerable Gruppe benötigen Kinder und Jugendliche auf der Flucht dringend spezifische und schnelle Hilfeleistungen, die kurz- und langfristig ihr Wohlergehen sichern und ihnen eine Perspektive bieten.

Inter-, trans- und cis-geschlechtliche sowie nicht-binäre Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, ihre geschlechtliche Identität zu erkunden und zu leben und benötigen dabei Unterstützung sowie unter Umständen passgenaue Fachberatung.

Chancengleichheit, -gerechtigkeit und Diskriminierungsfreiheit spielen eine besondere Rolle bei der noch ungelösten Herausforderung der mangelnden Geschlechtergerechtigkeit. Damit ist auch die Überwindung der in Teilen der Gesellschaft und ihrer Institutionen noch immer vorherrschenden Rollenbilder der Geschlechter gemeint. Diese schaden Kindern und hindern sie daran, ihre eigene Persönlichkeit jenseits von den Erwartungen anderer frei zu entfalten.

Kinder und Jugendliche brauchen unabhängig von Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung ein gesellschaftliches Modell, das ihnen aufzeigt, wie sie als Erwachsene gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben und miteinander in Beziehung treten können. Diversität ist ein Querschnittsthema der gesamten Arbeit im Kinderschutzbund. Auch in Bezug auf mediale Inhalte, die unser Bewusstsein und unser Verständnis der Welt in zentraler Weise prägen, setzt er sich für Vielfalt und Diskriminierungsfreiheit ein.

8. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Aufwachsen ohne Armut

Jedes Kind hat gemäß Artikel 26 der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Aufwachsen in sozialer Sicherheit. Die Bildungs-, Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten dürfen nicht vom Einkommen der biologischen und/oder sozialen Eltern und von deren Möglichkeiten für die Gestaltung einer fördernden häuslichen Lernumgebung allein abhängen. Das gilt auch für die



Erfahrung von Selbstwirksamkeit, die auch von Umfeldbedingungen wesentlich beeinflusst wird.

Im Widerspruch dazu steht, dass in Deutschland jedes fünfte Kind von Armut betroffen ist.

Denn ein Aufwachsen in Armut prägt den gesamten Lebensweg und beeinträchtigt nachweislich die Entwicklungschancen. Kinder und Jugendliche, die von Armut betroffen sind, erleben in ihrem Alltag den Mangel, sie müssen auf durchschnittliche Teilhabe – und Besitzmöglichkeiten verzichten: sei es in der materiellen Grundversorgung, der sozialen Teilhabe oder im Zugang zu kulturellen Ressourcen. Diese Einschränkungen wirken sich zudem negativ auf ihre Gesundheit und Bildungsbiografie aus.

Der Kinderschutzbund setzt sich nachdrücklich für eine umfassende Strategie gegen Kinderarmut ein, die nicht auf isolierten Maßnahmen beruht, sondern ressortübergreifend und auf allen politischen Ebenen verankert ist. Trotz bekannter Erkenntnisse über die Notwendigkeit der Bekämpfung von Kinderarmut fehlt es immer wieder an politischem Willen und Entschlossenheit. Aber: Kinder haben Armut nicht gewählt! Kinderarmut resultiert aus der (Einkommens-)Armut der Erziehungsverantwortlichen kombiniert mit einem staatlichen Versagen als Ausfallbürge im Sinne der Kinder einzuspringen.

Kinder und Jugendliche brauchen eine Garantie, dass sie sich ohne Rücksichtnahme auf die finanzielle Lage ihres Elternhauses auf Spiel, Freizeit, Bildung und Freiheiten konzentrieren können. Armut darf auch im Zusammenhang von Digitalisierung nicht zu Ausschlüssen und schlechteren Chancen der Kinder und Jugendlichen führen. Der Kinderschutzbund tritt deshalb für eine finanzielle Absicherung von Kindern ein, die ihnen mehr Chancengerechtigkeit unabhängig von der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Elternhauses verspricht. Der Kinderschutzbund streitet für eine gut ausgestaltete, zugängliche monetäre Absicherung durch eine Kindergrundsicherung, die Armut wirksam bekämpft. Neben monetären Transfers ist eine diversitätssensible, diskriminierungskritische, bedarfsorientierte, niedrighschwellige und möglichst kostenfreie Infrastruktur für alle Kinder und Jugendlichen in den Bereichen Bildung, Freizeit und Gesundheit unabdingbar, weil sie Kinderarmut wirksam bekämpfen kann.

Gehemmt werden diese Bestrebungen auch durch eine grundsätzlich abnehmende soziale Durchmischung für Kinder und ihre Familien, durch segregierte Wohnkontexte und eine Verfestigung bestehender Milieus, sowohl im städtischen Raum als auch in den ländlichen Räumen.



Bezahlbarer und guter Wohnraum stellt eine zentrale Komponente von gelingender Armuts- politik dar. Der Kinderschutzbund plädiert daher dafür, dass Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut auch eine umfassende Betrachtung des Wohnsektors umfassen.

Der Kinderschutzbund begegnet Kindern und Jugendlichen, die von Armut betroffen sind und ihren Familien mit Wertschätzung, Vertrauen, auf Augenhöhe und als Expert*innen in eigener Sache. Diese Haltung erwartet der Kinderschutzbund nicht nur von sich selbst, sondern auch von allen Akteur*innen in der Gesellschaft, sowie als Grundlage für staatliches Handeln und den damit verbundenen Maßnahmen zur Bekämpfung von (Kinder-/Familien-) Armut. Denn der Kampf gegen Kinderarmut umfasst auch den Kampf gegen Stigmatisierung und Vorurteile. Alle Angebote und Unterstützungsleistungen müssen darauf abzielen, Kinder und ihre Familien zu stärken, wobei stets ein ressourcenorientierter Ansatz verfolgt werden soll. Der Kinder- schutzbund selbst agiert als Teil dieses unterstützenden Angebots, indem er Beratung, Unter- stützung, Betreuung sowie Freizeit- und Teilhabeangebote bereitstellt. Der Kinderschutzbund kann mit seinen praktischen Hilfen Armut abfedern helfen, sie aber nicht beseitigen. Hier zeigt sich insbesondere das doppelte Postulat des Kinderschutzbundes: helfendes und politisches Handeln.

9. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Aufwachsen ohne Gewalt

Das Recht auf gewaltfreie Erziehung, für das sich der Kinderschutzbund jahrzehntelang einge- setzt hat, ist ein Meilenstein der jüngeren deutschen Gesellschaftsgeschichte.

Denn kaum etwas bedroht Würde, Integrität, Gegenwart und Zukunft von Kindern und Jugend- lichen so sehr wie Gewalt durch Familienangehörige, Gleichaltrige, Pädagog*innen oder Trai- ner*innen. Insbesondere langanhaltende oder in Intervallen wiederkehrende Phasen von Ge- walt, die Erfahrung, dass andere nicht einschreiten, Gewalt unterbinden und helfen, erschüt- tern Vertrauen, Selbstwertgefühl und Zuversicht.

Gewalt umfasst körperliche Gewalt, psychische Gewalt, sexualisierte Gewalt, das Erleben elter- licher Partnergewalt sowie die Kindesvernachlässigung als passive Form von Gewalt. So wichtig die Differenzierung zwischen Gewaltformen ist, ist jedoch zu berücksichtigen, dass Kinder und Jugendliche zumeist nicht nur eine Form der Gewalt erleben und vulnerable Gruppen von Kin- dern und Jugendlichen besonders betroffen sind. Gemeinsam ist allen Formen der Gewalt die



destruktive Ausnutzung des per se vorhandenen Machtgefälles zwischen Erwachsenen und Kindern. Darüber hinaus kann es auch zwischen Kindern und Jugendlichen zu Gewalt kommen. Gewalt findet in allen Lebensräumen von Kindern und Jugendlichen statt, also nicht nur in der Familie, sondern auch in Institutionen und im digitalen Raum. Gewalttätiges Handeln von Erwachsenen gegenüber Kindern entsteht durch ein Zusammenspiel verschiedener Bedingungen vom gesellschaftlichen Kontext bis hin zu individuellen Faktoren. Die Folgen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen sind unterschiedlich, aber schränken sie in ihren Lebens- und Entwicklungschancen ein und reichen häufig bis ins Erwachsenenalter.

Auch wenn heute die Mehrheit der Mütter und Väter grundsätzlich an einer gewaltfreien Erziehung orientiert sind, erleben Kinder und Jugendliche nach wie vor verschiedenste Formen von Gewalt, z.T. auch weil manches eigene Verhalten gar nicht als Gewalt wahrgenommen wird. Auch in manchen Räumen – insbesondere im digitalen Raum – nehmen Gewalt, Hassrede, Ausgrenzung und Einschüchterung zu.

Für Kinder und Jugendliche, die von Gewalt betroffen sind, bedarf es eines Bündels für sie zugänglicher, niedrighschwelliger Hilfen, die in ihren Lebenswelten angesiedelt und ausreichend vorhanden sein müssen. Darüber hinaus bedarf es ebenfalls spezifischer Angebote wie Traumatherapie. Hier wird das vorhandene Angebot solcher Maßnahmen dem tatsächlichen Bedarf nicht gerecht. Erleben Kinder und Jugendliche (sexualisierte) Gewalt im Netz, fehlt es häufig an adäquater Hilfe und Beratung, angefangen bei mangelnden Meldefunktionen in sozialen Netzwerken, bis hin zu schlecht qualifizierten Fachkräften, die Phänomene digitaler Gewalt nicht einzuordnen wissen und die entsprechenden Hilfemaßnahmen nicht kennen.

Des Weiteren ist die Justiz, mit der betroffene Kinder von Gewalt in vielfältiger Form in Berührung kommen, häufig nicht ausreichend kindgerecht gestaltet und Verfahrensbeteiligte nicht ausreichend geschult. Die Stellung sowie die Rechte von Kindern und Jugendlichen finden nur unzureichende Umsetzung in gerichtlichen Verfahren.

Der Kinderschutzbund ist überzeugt, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gelingen kann. Guter Kinderschutz benötigt interdisziplinäre Kooperationen und Verantwortungsgemeinschaften und kann nicht einzelnen Diensten überlassen bleiben, wofür sich der Verband auf seinen unterschiedlichen Ebenen einsetzt. Der Kinderschutz muss in allen relevanten Berufsausbildungen und Studiengängen thematisiert und Mitarbeitende fortlaufend qualifiziert werden.



Der Kinderschutzbund setzt sich für die Sensibilisierung aller gesellschaftlichen Gruppen für ein umfassendes Gewaltverständnis ein. Dazu gehört auch, dass Erwachsene, das zwischen ihnen und Kinder bestehende Machtverhältnis und die eigene Haltung kritisch reflektieren und stetig danach streben, versteckte Formen der Gewalt aufzuspüren und einen gewaltfreien und respektvollen Umgang mit Kindern zu finden. Außerdem muss anerkannt werden, dass das Erleben von Gewalt im digitalen Raum, wie beispielsweise Cybermobbing, Cybergrooming, Sextortion oder Stalking, immer auch im Zusammenhang mit der analogen Welt steht und genauso gravierende Auswirkungen auf die Lebens- und Entwicklungschancen der Betroffenen haben kann wie jede andere Form der Gewalt. Das Ziel ist eine Kultur der Aufmerksamkeit und Achtsamkeit in allen Lebensräumen von Kindern. Dazu bedarf es eines Bewusstseinswandels in Politik, Gesellschaft und Institutionen.

Ausreichende Ressourcen und eine entsprechende Ausstattung nicht nur in den sozialen Diensten, sondern auch beim Engagement zivilgesellschaftlicher Gruppen und Akteur*innen sind für Prävention und Intervention eine wichtige Voraussetzung. Kinder und Familien machen von Beratungsangeboten vor allem dann Gebrauch, wenn sie diese niedrigschwellig erreichen können. Darüber hinaus ist auch ein Ausbau digitaler Beratungsangebote – auch für Problemlagen, die den digitalen Raum betreffen – anzustreben.

Da es immer noch zu wenig Wissen über das tatsächliche Ausmaß von Ausgrenzung, Diskriminierung, Gewalt in jeder Form und Vernachlässigung gibt, fordert der Kinderschutzbund seit vielen Jahren verstärkte Forschungsanstrengungen dazu. Mit weiteren Erkenntnissen könnten Präventions- und Interventionsansätze deutlich besser geschärft werden.

Der Kinderschutzbund macht sich fachlich, politisch und praktisch dafür stark, dass Präventionsansätze Erwachsene in ihren verschiedenen Rollen gegenüber Kindern adressieren müssen, sei es als Mutter, Vater, Verwandte*r, als Jugendamtsmitarbeiter*in, Lehrkraft, als ermittelnde*r Polizist*in oder Kinderärzt*in.

Die Verantwortung für Schutz und Prävention liegt vorrangig bei den Erwachsenen. Sie sind es auch, die Kinder und Jugendliche in die Lage versetzen, Gleichaltrige zu unterstützen und die Strukturen und ein Klima zu schaffen, in denen Kinder und Jugendliche offene Ohren für ihre Beschwerden, Sorgen und Nöte finden. Daher bedarf es flächendeckender, aufeinander abgestimmter Präventionsangebote, die auch der Stärkung der Kinder und Jugendlichen dienen müssen.



Darüber hinaus setzt sich der Kinderschutzbund deutlich für Interventionskonzepte und die Aufarbeitung von Kinderschutzfällen ein, denn nur so kann sich der Kinderschutz weiterentwickeln, wenn er ohne stigmatisierende Diskriminierungen und mit starken Kinderrechten einhergeht.

Die Entwicklung von Schutzkonzepten in allen Institutionen und Bereichen, in denen Kinder und Jugendliche betreut, beaufsichtigt, gefördert und unterstützt werden, ist zentral. Hierbei kommt der alters- und entwicklungsgerechten Beteiligung der Kinder und Jugendlichen eine wesentliche Rolle zu. Es braucht die Perspektive der Heranwachsenden auf Risiken in den Strukturen und Abläufen, das Wissen um ihre Interessen und Bedürfnisse sowie entwicklungsangemessene Beschwerdemöglichkeiten und Ombudsstellen. Auch digitale Anwendungen und das Internet mit seinen Risiken und Gefahren müssen in Schutzkonzepten mitgedacht werden. Der Kinderschutzbund unterstützt und berät zu Schutzkonzepten, um diese überall stärker zu verankern und hat den Anspruch, diese auch in all seinen eigenen Strukturen dem eigenen Anspruch entsprechend umzusetzen.

10. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Kinder und Jugendliche, ihre Rechte, Interessen und Bedarfe stehen im Zentrum der politischen und praktischen Arbeit des Kinderschutzbundes. Diesen Anspruch formuliert er auch gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Akteuren. Denn Kinder und Jugendliche müssen sich darauf verlassen können, dass diejenigen, die gesetzliche Regelungen erlassen, die Pädagog*innen, Polizist*innen, Ärzt*innen usw. ausbilden, die Finanzen verteilen, die Schulden machen, die für die Daseinsvorsorge zuständig sind und politische Entscheidungen prozessieren und voranbringen, diejenigen also, die über Macht, Befugnisse und Kontrollmöglichkeiten verfügen, ihre Gegenwart nach bestem Wissen und Gewissen gestalten. Sie müssen sich auch darauf verlassen können, dass ihr Recht auf Zukunft nicht verletzt wird und ihre Möglichkeiten in der Zukunft nicht wider besseren Wissens verspielt werden. Erwachsene müssen in vielen Belangen quasi stellvertretend, advokatorisch, für Kinder und Jugendliche entscheiden und handeln. Sie sollten dazu befähigt werden, dies als verantwortungsvolle Aufgabe anzusehen.

Doch Kinder und Jugendliche haben auch ein Recht auf Vergangenheit, ein Recht auf Informationen über Herkunft, über Gründe für wegweisende Entscheidungen, auf die sie selbst keinen



Einfluss hatten, auf die Geschichte ihrer Wurzeln, die Erfahrungen ihrer Angehörigen. Sie haben ein Recht darauf, das zurückliegende gewaltvolle Ereignisse aufgearbeitet werden, damit daraus auch für Gegenwart und Zukunft gelernt werden kann und sie müssen sich darauf verlassen können, dass sie bei zurückliegender Gewalt und Traumatisierung die Chance erhalten, diese auch mit fachlicher Unterstützung zu bearbeiten, zu bewältigen.

Ausgehend von der konkreten Gestaltung von Kindheit und Jugend in der Gegenwart, den aktuellen Möglichkeiten, Spielräumen und Strukturen heutiger Kinder und Jugendlicher gestaltet sich folglich Vergangenheit und Zukunft. Beim Recht auf Zukunft geht es zum einen um eine individuelle, die sie selbst gestalten und beeinflussen können. Zum anderen aber auch um eine Zukunft als generationale Gruppe. Kinder und Jugendliche müssen auch die Perspektive haben, in Zukunft gut leben zu können und eine Gesellschaft und deren Rahmenbedingungen so vorfinden, dass sie ausreichend Spielraum haben, eigenständige Entscheidungen zu treffen. Kinder und Jugendliche dürfen nicht das Gefühl haben, keine gestaltbare oder positive Zukunft erreichen zu können. Dies ist auch ihr Recht und daher die Pflicht der jeweils agierenden Erwachsenengeneration, dies immer im Fokus zu behalten.

Gute Kinder- und Jugendpolitik in der Gegenwart muss daher zum einen individuelle Zukunftsaussichten und Chancengerechtigkeit schaffen und die Systeme, die es dafür braucht, sicherstellen. Zum anderen braucht sie aber einen hohen Anteil von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Gemeint ist mit dem Recht auf Zukunft ein Verständnis von Generationengerechtigkeit, die nicht nur einen Ausgleich der Interessen zwischen Altersgruppen im hier und heute bedeutet, sondern die Verantwortung der heutige Handelnden für Generationen von morgen. Dies beinhaltet die Sicherstellung von ökologischen und klimatischen Rahmenbedingungen, die ein gutes Leben für alle noch möglich erscheinen lassen, den Erhalt einer Infrastruktur, die auch morgen noch trägt und den verantwortungsbewussten Umgang mit dem System der Demokratie und ihrer grundlegenden Rechte, damit auch zukünftig Kinder und Jugendliche in einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft aufwachsen können.

Der Kinderschutzbund ist in allen seinen Themen und Anliegen dem guten Aufwachsen aller Kinder verpflichtet, mit besonderem Blick auf die verwundbarsten. Dieser Blick umfasst das Gestern, das Heute und das Morgen in den je unterschiedlichen Bedeutungen.